

Antrag

der AfD-Fraktion

Abzocke der Berliner Autofahrer verhindern – Parkraumbewirtschaftung auf das Notwendige beschränken! Anwohnerparken nicht verteuern

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, eine Strategie zur Einrichtung von Parkraumbewirtschaftungszonen mit den folgenden Eckpunkten zu entwickeln und darauf aufbauend, verbindliche Handlungsleitlinien für die Bezirke bezüglich der Einrichtung von Parkraumbewirtschaftungszonen zur Anwendung vorzulegen

- Neueinrichtung weiterer Parkraumbewirtschaftungszonen nur noch bei nachgewiesenem unabwendbarem Bedarf in unmittelbarer Nachbarschaft zu Geschäftsstraßen und Einzelhandelsschwerpunkten, zur Sicherstellung ausreichender Anwohnerparkmöglichkeiten und Erweiterung der Parkplatzkapazitäten durch eine größere Fluktuation
- Beschränkung der Parkgebühren auf das zur Refinanzierung des unmittelbaren Verwaltungsaufwandes notwendige Maß
- Beschränkung der Gebühren für Anwohnerparkausweise auf das zur Refinanzierung des unmittelbaren Verwaltungsaufwandes notwendige Maß
- Schaffung von ausreichend Parkplatzkapazität auch in den bestehenden Parkraumbewirtschaftungszonen, in Hoch- oder Tiefgaragen, Kiezparkhäusern und Parkdecks
- Kein Abbau von öffentlichen Parkplätzen ohne Schaffung von adäquatem Ersatz (Modell „Zürich“)

- Mögliche Verdrängungseffekte sind vor Einrichtung einer Parkraumbewirtschaftungszone modellhaft zu prüfen und Maßnahmen zu ergreifen um diese so weit wie es geht zu vermeiden

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30. November 2024 zu berichten.

Begründung

In Berlin gibt es mittlerweile über 50 Parkraumbewirtschaftungszonen mit teils positiven, oft aber auch negativen Auswirkungen für Anwohner, Gäste, Besucher, Kunden, Gewerbetreibende und das Handwerk.

Die den Anwohnern oft im Vorfeld versprochenen Vorteile (geringe Jahresgebühr, dafür endlich wieder die Chance einen Parkplatz im eigenen Wohngebiet zu finden) verpufften meist schon nach kürzester Zeit. In dicht besiedelten Gebieten wie Friedrichshain, Kreuzberg, Mitte oder Prenzlauer Berg verschob sich lediglich der Zeitpunkt ab dem Anwohner keinen Parkplatz in Wohnungsnähe mehr fanden um eine kurze Zeitspanne in die Abendstunden. Dem insgesamt vorhandenen Stellplatzmangel wurde nicht grundlegend abgeholfen. Ganz im Gegenteil wurden oft in neue eingerichteten Zonen Stellplätze massiv zusammengestrichen, so dass mögliche Vorteile einer Parkraumbewirtschaftung von Anfang an minimiert wurden.

Dabei zeigen Beispiele aus anderen Großstädten wie z.B. Zürich, Montpellier oder selbst London(!) dass außerhalb der hochverdichteten Innenstadtlagen mit Einkaufsstraßen oder dichtem Bürobesatz es auch ohne Abzocke und hohe Gebühren geht, wenn man genügend Stellplätze verfügbar macht bzw. nicht beseitigt, mit Vergünstigungen für Anwohner und kostendeckenden Preisen für Gäste und Kunden.

In Berlin zeigt sich leider, dass Bezirke in einer Kombination aus Parkraumbewirtschaftung, dem ersatzlosen Beseitigen von Stellplätzen und hohem Kontrolldruck gegen die dann oft an unzulässigen Stellen dennoch parkenden Fahrzeuge, ein Geschäftsmodell entwickelt haben, um unter dem Strich die Bezirkskassen zu füllen, in dem man mehr Gebühren, Verwarngelder und Bußgelder versucht einzunehmen als das damit befasste Personal kostet.

Das ist für die Anwohner lästig und widerspricht dem Grundgedanken von Parkraumbewirtschaftung. Zudem wird ein Parkplatzsuchverkehr generiert, bei dem Anlieger mit ihrem PKW im Gebiet Block für Block herumfahren um endlich irgendwo eine legale Parklücke zu finden. Der so generierter Zusatzverkehr ist so umweltschädlich wie überflüssig.

Insgesamt ist eine in sich schlüssige Strategie erforderlich: Beschränkung neuer Parkraumbewirtschaftungszonen auf das unbedingt Notwendige, Vorhalten von ausreichend Stellplatzkapazität für alle Nutzer in flächenschonender Form (z.B. mehrgeschossige Kiezzaragen) und das Vermeiden von Falschparken durch die Schaffung von Möglichkeiten, in angemessener Entfernung zum Wohnort in aller Regel legal parken zu können.

Berlin, den 12.06.2024

Dr. Brinker Gläser Wiedenhaupt
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion